

Belgien

Sandra Boldrini

Auf nationaler Ebene war das Jahr 2007 in Belgien durch die Parlamentswahlen im Juni gekennzeichnet.¹ Aus diesen Wahlen ging die Partei der flämischen Christdemokraten (CD&V) in Flandern als Siegerin hervor, in Wallonien und Brüssel die französischsprachige liberale Partei (Mouvement Réformateur²). Die Grünen konnten ihr Ergebnis ebenfalls verbessern. Die seit 2003 bestehende Koalition aus Sozialisten und Liberalen wird wahrscheinlich nicht weitergeführt werden können: Die Sozialisten (französisch- und niederländischsprachig) brachen ein, Opfer insbesondere der Korruptionsaffären im Süden des Landes. Guy Verhofstadt, seit 1999 Premierminister der VLD, der niederländischsprachigen Liberalen, steht nicht mehr an der Spitze der nächsten Regierung: In den Wahlen vom Juni 2007 erlitt seine Partei eine Niederlage und ringt in Flandern mit der extremen Rechten, der Vlaams Belang (dem ehemaligen Vlaams Blok), um den zweiten Platz.

Nach den Wahlen begann die Gewinnerin, die von Yves Leterme³ geführte CD&V, Koalitionsverhandlungen mit den französisch- und niederländischsprachigen Liberalen und den französischsprachigen Christdemokraten (cdH). Die Verhandlungen lassen eine Rückkehr zu den sprachlichen Trennungslinien in der nationalen Politik vermuten, da das Wahlprogramm von Yves Leterme vorsah, noch mehr Autonomie an Flandern zu übertragen. Yves Leterme, niederländischsprachiger Vertreter der christsozialen Partei, ist der designierte Premierminister.

Auf europäischer Ebene wurden die Themen (1) Erneuerung der europäischen Dynamik, (2) Zukunft des Europäischen Verfassungsvertrags, (3) Stärkung der sozio-ökonomischen Governance der Eurozone sowie (4) Energiepolitik ausgiebig diskutiert.

Übersetzt aus dem Französischen von Lisa Förster.

- 1 Im Senat bekam die CD&V (zusammen mit den flämischen Nationalisten) 19,4% der Stimmen, die französischsprachigen Liberalen (Mouvement Réformateur) 12,3%, die niederländischsprachigen Liberalen (VLD) 12,4%, die flämische extreme Rechte (Vlaams Belang) 11,9%, die französischsprachigen Sozialisten (PS) 10,2%, die niederländischsprachigen Sozialisten (SP.A-Spirit) 10%, die französischsprachigen christlichen Demokraten (cdH) 5,9%, die französischsprachigen Grünen (ECOLO) 5,8% und die niederländischsprachigen Grünen (Groen) 3,6%. Im Abgeordnetenhaus erzielte die CD&V (zusammen mit den flämischen Nationalisten) 18,5% der Stimmen, die französischsprachigen Liberalen 12,5%, niederländischsprachigen Liberalen (VLD) 11,8%, die flämische extreme Rechte (Vlaams Belang) 12%, die französischsprachigen Sozialisten (PS) 10,9%, die niederländischsprachigen Sozialisten (SP.A-Spirit) 10,3%, die französischsprachigen Christdemokraten (cdH) 6,1%, die französischsprachigen Grünen (ECOLO) 5,1%, die Liste Dedecker (niederländischsprachige populistische Partei) erhielt 4,03%.
- 2 Das Mouvement Réformateur ist die Partei von Louis Michel, belgischer Kommissar für Entwicklung und humanitäre Hilfe. Im Frühjahr 2007 hatte sich Louis Michel vorläufig von seinem Posten beurlauben lassen, um am 11. Juni an den belgischen Parlamentswahlen teilzunehmen. Olli Rehn, Kommissar für die Erweiterung, übernahm zwischenzeitlich seine Funktion in der Kommission.
- 3 Yves Leterme ist Jurist, 1960 geboren, seit 1997 Mitglied im Parlament. 2003 wurde er nach der Niederlage der CD&V in den Parlamentswahlen Parteivorsitzender. 2004 tat sich die CD&V mit der NVA zusammen, einer kleinen Partei flämischer Nationalisten, und gewann die Regionalwahlen. Yves Leterme wurde Ministerpräsident der flämischen Region. Er gab seinen Posten im Juni 2007 auf. Im selben Zeitraum wurde er durch den König mit der Bildung der nächsten Regierung beauftragt.

Neuer Schwung für Europa

Belgien bestätigte seine traditionell pro-europäische Vision. So meinte Guy Verhofstadt, der scheidende belgische Premierminister: „Anstelle des Themas ‚Europa der Projekte‘ bräuchten wir vielmehr ein Projekt für Europa. Solange Europa nicht definitiv den Weg einer echten Förderation einschlägt, in der die Regel der Einstimmigkeit abgeschafft – oder zumindest auf das strikte Minimum beschränkt – wird, wird es der notwendigen Mittel beraubt, die es Europa erlauben, sich rasch und energisch neuen Herausforderungen zu stellen. Eine Konföderation auf Grundlage der Regierungskonferenzen und dem Prinzip der Einstimmigkeit lähmt den europäischen Entscheidungsprozess.“⁴

Im März 2007 hatte Belgien anlässlich des fünfzigsten Jahrestags der Römischen Verträge favorisiert, dass die folgenden Errungenschaften und Notwendigkeiten in der Berliner Erklärung Erwähnung finden: der Mehrwert der Europäischen Union für ihre Bürger, ihr unverzichtbarer Beitrag etwa bei der Stärkung des sozialen Zusammenhalts oder der Wohlstandsmehrung, das gemeinsame Schicksal Europas, die Werte Solidarität, Freiheit und Demokratie (unter Vermeidung der Wiederholung der Debatte über die religiösen oder kulturellen Wurzeln Europas), die Einheit und Achtung der Vielfalt des voranschreitenden Integrationsprozesses, der Zusammenhalt unter den Mitgliedstaaten und die historischen Prozesse der Erweiterung und Öffnung.

Für Belgien war die Europäische Einigung schon immer ein deutlicher Erfolg: Die europäische Integration hatte sich als das beste Mittel gegen Armut, Diktatur und den Krieg erwiesen. Europa schafft einen dauerhaften Frieden, soziale Sicherheit und einen unerhörten Wohlstand. Mehrfach rief die belgische Regierung dazu auf, „die Zyniker zum Schweigen zu bringen, die die Europäische Union wie eine Form der Belästigung darstellen.“⁵ „Damit das Projekt Europa in Zukunft so bedeutsam bleiben wird, wie es in der Vergangenheit war“, möchte Belgien, dass die Europäische Union Ergebnisse in den folgenden Bereichen erzielt: Anregung von Wachstum und mehr Beschäftigung, Stärkung der inneren Sicherheit, mehr einstimmiges Handeln auf internationalem Parkett sowie Pläne für eine kohärentere und effizientere Außen- und Sicherheitspolitik. Dazu zählen die Konsolidierung ihrer Soft Power-Position auf globaler Ebene und ihrer Führungsqualitäten in der Debatte über die Reform der globalen Governance.⁶

Der Europäische Rat vom Juni 2007 und die Zukunft des Verfassungsvertrags

Für Belgien stellt der Europäische Verfassungsvertrag einen Kompromiss dar, der unterhalb der belgischen Wunschvorstellung angesiedelt ist, ein „Minimum Minorum“. Getreu ihrem pro-europäischen Credo unterstützte die belgische Regierung stets einen Ansatz des „Vertrages +“, der über den bestehenden Konsens hinausgeht. Karel De Gucht, scheidender belgischer Außenminister: „Uns wäre es weitaus lieber gewesen, darüber hin-

4 „Fünfzig Jahre nach Gründung der Union ist die Zeit gekommen, um eine definitive Entscheidung zu treffen. Konföderation oder Föderation. Einstimmigkeit oder qualifizierte Mehrheit. Zwischenstaatlicher oder gemeinschaftlicher Ansatz. Eine Führungsspitze, in der einige Mitgliedstaaten vertreten sind oder eine gestärkte europäische Demokratie, die von einer aktiven Europäischen Kommission unterstützt wird, sowie ein Europäisches Parlament, das dieses Namens würdig ist“, Rede von Premierminister Guy Verhofstadt vor dem Europäischen Parlament in Brüssel am 31.05.2006.

5 Ebd.

6 Rede des Außenministers Karel De Gucht auf dem Symposium zur Feier des 50. Jahrestages der Römischen Verträge, Brüssel, 24. März 2007.

aus zu gehen, aber wir gehören einer relativen Minderheit an.⁴⁷ Für Belgien ist eine ausschließlich institutionelle, minimalistische Lösung nicht zufriedenstellend. Man besteht auf einem Verfassungsvertrag in zwei Phasen, denn: „Erst die Organe, anschließend die Substanz“, das sei nicht hinnehmbar, „denn es ist klar, dass die zweite Phase sich nie konkretisieren wird.“⁴⁸ Der Europäische Rat vom Juni 2007 darf kein Synonym für den Rückzug werden. „Jeder einzelne Mitgliedstaat sollte Zugeständnisse machen, wahrscheinlich schmerzhaft. Kein Text, kein Organ oder keine Methode sollte je ein Ziel in sich selbst sein. Und nun bereiten wir eine kollektive Anstrengung zur Rettung des Vertrages vor, aber wir sollten die Worte von Thomas Jefferson nicht vergessen: ‚Wenn es um das Prinzip geht, muss man wie ein Fels stehen; handelt es sich um den Geschmack, sollte man mit dem Strom schwimmen‘“, erklärte Karel De Gucht.⁹ Für Belgien bestand die einzig denkbare Lösung in einer Änderung der Form des Verfassungsvertrages, die den gesamten Acquis bewahrt, beziehungsweise in einer substantielleren Änderung des Vertrages, die das Gleichgewicht bewahrt. Belgien wies daher wiederholt auf die Tatsache hin, dass der Verfassungsvertrag bereits von 18+4 Mitgliedstaaten ratifiziert worden war. Es ist für Belgien essentiell, dass die Substanz des Vertrags erhalten bleibt.

Neben seinem Wunsch nach dem Erhalt von Ausgewogenheit und Substanz des Vertrages erwähnte Guy Verhofstadt die erwünschten Vorstöße der deutschen EU-Präsidentschaft zur Wiederbelebung der europäischen Dynamik: die Stärkung der sozio-ökonomischen Governance (mit möglichen Ergänzungen des Protokolls der Eurozone), Ausbau von Mehrheitsentscheidungen, die Sicherung der juristischen Bedeutung der Charta der Grundrechte, die Stärkung der Rechtspersönlichkeit der Europäischen Union, die Stärkung der Präsidentschaft des Europäischen Rats und der gemeinsamen Außenpolitik.

Am Ende des Europäischen Rats im Juni 2007 war Belgien der Ansicht, dass die deutsche Präsidentschaft die Herausforderung gemeistert und das sie ihr vor einem Jahr übertragenes Mandat erfüllt hat. Premierminister Guy Verhofstadt zeigte sich zufrieden mit diesem „klaren Mandat“, mit dem die Europäische Union einen Vertrag vorlegen kann, der vor den Europawahlen 2009 durch die Mitgliedstaaten gebilligt und ratifiziert werden kann. Das Mandat der Regierungskonferenz nimmt die wichtigsten Elemente des Europäischen Verfassungsvertrags auf, und Belgien ist froh darüber.

Im Allgemeinen war Belgien auch mit der Beibehaltung des Prinzips des Vorrangs des Unionsrechts zufrieden (auch wenn Art. I-6 VVE¹⁰ trotz der Bemühungen Belgiens zu Gunsten einer Nebenerklärung fallen gelassen wurde). Was die Rolle der nationalen Parlamente anbelangt, schloss sich Belgien einer einseitigen Erklärung zum zweiten Protokoll an. Belgien versuchte, die Bedingungen für eine verstärkte Zusammenarbeit zu verbessern. Falls der Bestand des Verfassungsvertrags im Kern erhalten bleibt, ist nicht mit einem weiteren Vorstoß zu rechnen – außer bei der Festsetzung auf 9 Mitgliedstaaten anstelle von einem Drittel der Mitgliedstaaten als Mindestzahl für die Aufnahme einer solchen Zusammenarbeit.¹¹ Was die Charta der Grundrechte anbelangt, war Belgien überrascht über den

7 Rede von Karel De Gucht: Towards a Union that is fit for the Global Era, Europäisches Hochschulinstitut Florenz, 17.05.2007.

8 Ebd.

9 Ebd.

10 Art. I-6 VVE: „Die Verfassung und das von den Organen der Union in Ausübung der der Union übertragenen Zuständigkeiten gesetzte Recht haben Vorrang vor dem Recht der Mitgliedstaaten.“

11 Die künftigen Erweiterungen würden diese Zahl nicht mehr proportional ansteigen lassen.

Wunsch Polens. Polen verlangte eine Erklärung von der Regierungskonferenz, um den Anwendungsbereich der Charta im nationalen Recht in den Punkten öffentliche Moral, Familienrecht, Schutz der menschlichen Würde sowie der Achtung der physischen und moralischen Integrität auszusetzen.

Im Gegenzug stießen die Zugeständnisse an die euroskeptischen Mitgliedstaaten wie Polen (über ein neues Abstimmungssystem), Großbritannien (Ausnahmeregelungen beim Geltungsbereich der Charta der Grundrechte und bei der Beteiligung an der Zusammenarbeit in Strafrechtsfragen), der Tschechischen Republik und der Niederlande (Symbole und Einschränkung der Kompetenzen der EU werden nicht erwähnt) Belgien eher sauer auf. „Die Europäische Verfassung hatte zum Ziel, für alle lesbar zu sein. Das Ziel dieses Vertrages ist es jedoch, nicht lesbar zu sein“, klagte Außenminister Karel De Gucht und schlug vor, den Vertrag in „Vertrag der Fußnoten“¹² umzubenennen. Die Verhandlungen brachten daher eine Schwächung des Bestands in institutioneller Hinsicht, zum großen Bedauern Belgiens, das gerne das Gleichgewicht beibehalten hätte, das zur belgischen Zustimmung in der Regierungskonferenz von 2004 geführt hatte. Zudem wurde deutlich, dass es der Gruppe der 18+4 (die Mitgliedstaaten, die der Verfassung positiv gegenüberstehen) an Homogenität und Schlagkraft fehlt.¹³ Belgien, glühendster Verteidiger der europäischen Integration, konnte in Ermangelung echter Verbündeter keinen Druck ausüben, weder in der Gruppe 18+4, noch im Rahmen der Benelux. Das Konzept des von Belgien vertretenen „Vertrag +“ fand auf dem weitgehend durch die drei großen Staaten Großbritannien, Frankreich und Deutschland dominierten Gipfel kein Echo, der sich im Wesentlichen auf die Forderungen der fünf zögerlichsten Mitgliedstaaten konzentrierte. Der Einfluss Belgiens war auf dem Gipfel nicht sehr groß, da vor allem der Wille zur europäischen Integration immer weniger gegeben zu sein scheint.

Heute fürchtet die belgische Regierung, dass das Mandat der Regierungskonferenz Grauzonen offen lässt. Ebenso sieht sie das Gespenst der Referenden aufziehen, das einige Delegationen heraufbeschworen haben, um Zugeständnisse zu erhalten (Großbritannien und die Niederlande). Belgien und Luxemburg hatten darauf hingewiesen, dass Zugeständnisse den Erfolg des Projektes gefährden.

Stärkung der sozio-ökonomischen Governance der Eurozone

Für Belgien ist die Berücksichtigung der sozialen Dimension in der Strategie von Lissabon sehr wichtig. Letztere darf nicht auf eine rein wirtschaftliche Dimension reduziert werden.

Im Allgemeinen spricht sich Belgien für eine Beschleunigung des Prozesses durch eine Stärkung des gemeinschaftlichen Rahmens aus. Für Belgien „muss sich die Eurozone doppelt anstrengen, um die Ziele von Lissabon zu erreichen.“¹⁴ Belgien geht davon aus, dass die Hebel der Wirtschaftspolitik der unterschiedlichen Mitgliedstaaten der Eurozone (Reformen in den Bereichen Währung, Haushalt, Strukturen) derzeit auf unterschiedlichen Machtniveaus angesiedelt sind. Falls der währungspolitische Teil vollständig zentralisiert wird, durchläuft der den Haushalt betreffende Teil die Konvergenzprogramme und teilweise den Stabilitäts- und Wachstumspakt, während die strukturellen Reformen in der Stra-

12 Union européenne: MM. Prodi, Verhofstadt et Juncker dénoncent un traité illisible, *Le Monde*, 25.06.2007.

13 Diese Gruppe ist sehr heterogen. Ihr einziger gemeinsamer Nenner ist die Tatsache, dass sie alle auf parlamentarischem Weg oder über ein Referendum die Zustimmung zum Europäischen Verfassungsvertrag erhalten haben.

14 <http://www.diplomatie.be>.

ategie der Gemeinschaft beinahe vollständig übersehen werden. Wenn auch für die belgische Regierung die in der Strategie von Lissabon gesetzten Ziele absolut gerechtfertigt sind, fehlt es der zu diesem Zweck eingesetzten Methode an Effektivität. Nach Ansicht von Guy Verhofstadt funktioniert der zwischenstaatliche Ansatz ohne Verpflichtung nicht unbedingt, wodurch die Basis der Strategie von Lissabon ins Wanken gerät. Für Guy Verhofstadt gilt in diesem Fall, „dass man die Rolle der europäischen Institutionen auf die Ausarbeitung von Klassifikationen und Tabellen beschränkt, falls man die Formulierung bestimmter allgemeiner Ziele akzeptiert.“¹⁵ Er geht davon aus, dass Europa einen stärker verpflichtenden und gemeinschaftlichen Ansatz braucht: Eine „soziale und wirtschaftliche Governance, eine gemeinsame Wirtschafts- und Sozialpolitik für Europa, wobei die Union die Leitlinien für die notwendigen Reformen vorgibt.“¹⁶

Belgien spricht sich für eine effiziente Koordinierung der Politiken innerhalb der Eurozone aus (wie vom Europäischen Rat vom März 2006 gewünscht). Für Belgien würde eine Stärkung der sozio-ökonomischen Governance einen neuen Hebel zugunsten einer kohärenten, wachstumsfördernden Wirtschaftspolitik darstellen und die strukturelle Flexibilität der Ökonomien in der Eurozone unterstützen. Guy Verhofstadt plädiert daher für die Umsetzung einer Konvergenzpolitik, eines Ansatzes, der demjenigen nachempfunden ist, der sich im Wachstums- und Stabilitätspakt bewährt und zur Einführung des Euro geführt hatte. Für Guy Verhofstadt „sind eine gemeinsame Währung und eine Währungsunion längerfristig nicht überlebensfähig, falls sie nicht an einen gemeinschaftlichen Ansatz bei sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen gebunden werden.“ Wie könnte eine solche Stärkung der Eurozone aussehen? Für Guy Verhofstadt sind es

- eine gemeinsame Vorbereitung des Europäischen Rates im Frühjahr,
- die regelmäßige Erstellung von Berichten und Empfehlungen für die Eurozone innerhalb der europäischen Institutionen,
- die Festlegung gemeinsamer makroökonomischer Ausgangspunkte bei der Erstellung der nationalen Haushalte,
- die Ausarbeitung von Konvergenzkriterien in den Bereichen Soziales, Steuern oder Wirtschaft,
- die Einberufung von Treffen der Arbeits- und Sozialminister und der mit Wissenschaftsfragen betreuten Minister sowie
- eine autonome Vertretung in den internationalen Finanzorganen.

Für den belgischen Premierminister ist es unabdingbar, die Eurogruppe zu stärken, „nicht mit dem Ziel, irgendjemanden auszuschließen (...). Sollte dies jedoch nicht möglich sein, steht es außer Frage, dass man nicht einfach nichts unternehmen kann.“¹⁷ Nach Ansicht Belgiens könnte die Agenda der Eurogruppe um die folgenden Themen erweitert werden, wie die Wirtschafts- und Währungsunion und der Arbeitsmarkt, die Wettbewerbsfähigkeit sowie die nationalen Reformpläne der Mitgliedstaaten. Ein jährliches „Eurotreffen“ der Staats- und Regierungschefs könnte neue Impulse und Ausrichtungen geben.¹⁸

15 Rede von Premierminister Guy Verhofstadt vor dem Europäischen Parlament in Brüssel am 31.05.2006.

16 Ebd.

17 Ebd.

18 <http://www.diplomatie.be>.

Die Herausforderungen Energie und Klimawandel

Belgien begrüßt den ehrgeizigen europäischen Ansatz bei den Themen Energie und Klimawandel.¹⁹ In dieser Hinsicht misst Belgien der vollständigen Ausführung der Beschlüsse des Europäischen Rats vom März 2007 große Bedeutung zu. Für Guy Verhofstadt trifft Europa eine klare Entscheidung und setzt sich ehrgeizige Ziele, „die man Ernst nehmen muss.“²⁰ Die belgische Regierung erachtet eine gemeinsame Außenpolitik im Hinblick auf Energiefragen für außerordentlich wichtig, um eine diversifizierte Versorgung sowie einen stabilen internationalen Rahmen sicherzustellen.

Im Allgemeinen besteht Belgien auf der Wichtigkeit der Maßnahmen der Gemeinschaft in den Bereichen erneuerbare Energien und Energieeinsparung, der Optimierung des nationalen Verbundsystems, der bestmöglichen Ausführung der vorherigen Entscheidungen, der ordentlichen Vorbereitung der Lastenteilung, um den Klimawandel zu bekämpfen und um erneuerbare Energien über die Definition nationaler Kriterien und Ziele zu fördern.

Hinzu kommen die Zusammenarbeit mit Drittstaaten, die Gegenseitigkeit und Interessenteilung mit den Erzeuger-, Verbraucher- und Transitstaaten sowie Initiativen für einen sauberen Luftverkehr. Mit seinen Beneluxnachbarn, den Niederlanden und Luxemburg, betont Belgien in Energiefragen die Bedeutung einer kohärenten Energiepolitik, die neben der innenpolitischen auch die außenpolitische Dimension mit einschließt.

Weiterführende Literatur

Bursens, Peter/Kristof Geeraerts: EU environmental policy-making in Belgium. Who keeps the gate?, in: *Journal of European Integration*, 28 (May 2006), S. 159-179.

Janssen, Siebo M.H.: Belgien - Modell für eine föderal verfasste EU? Die Föderalisierung Belgiens im Kontext der europäischen Integration, ZEI Discussion Paper/C 150, Bonn 2005.

Mathieu, Raphael: Le Benelux: laboratoire de l'integration ou structure residuaire au sein de l'Union europeene?, *Veiligheid en strategie*, No. 90, Brüssel 2006.

19 Rede von Karel De Gucht: Towards a Union that is fit for the Global Era, Europäisches Hochschulinstitut, Florenz, 17. Mai 2007.

20 Erklärung von Guy Verhofstadt, *Bulletin Quotidien Europe*, in: *Agence Europe* Nr. 9383, 10. März 2007, S. 5.